



Kirsten Rölke

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall

Rede zum 1. Mai 2006 in Kiel

„Deine Würde ist unser Maß“

- Es gilt das gesprochene Wort -

Lieber Ralph,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

unter dem Motto: „**Deine Würde ist unser Maß**“ finden heute überall im Lande Mai-Kundgebungen statt.

Ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen dem DGB-Aufruf vor das Kieler Gewerkschaftshaus gefolgt sind.

In einer freiheitlichen Demokratie ist die Würde des Menschen der oberste Wert.

Deshalb ist es gut, dass wir unter diesem Motto „Flagge zeigen!“

Menschenwürde ist kein abstrakter Wert.

Sie ist

- ein Recht auf Unversehrtheit,
- auf Lebenschancen und menschliche Entfaltung.
- Sie ist universell und nicht verhandelbar.
- Und zugleich ist sie eine Verpflichtung!
- Die Pflicht, **jeden** anderen **als Menschen** zu achten.

Darum müssen wir eingreifen, wenn Menschenwürde bedroht oder im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen getreten wird.

Jeder fremdenfeindliche Anschlag ist ein Anschlag auf die Würde und darum nicht hinnehmbar!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um in **Würde** leben und arbeiten zu können, braucht jeder Mensch persönliche Rechte **und** soziale Rechte.

Darum können und wollen wir nicht darüber hinwegsehen:

Immer mehr Menschen sind von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt oder ganz ausgeschlossen.

Hier in Kiel liegt die **Arbeitslosigkeit** bei über fünfzehn Prozent (15,6%).

Viele Jüngere bangen um ihre Zukunft.

Häufig finden sie keine Ausbildung, manche verlassen die Region.

Und immer mehr Menschen haben zwar Arbeit
- aber zu Bedingungen, die ein Leben in Würde nicht erlauben.

Einen Teil der selbsternannten Elite aus Politik und Wirtschaft lassen diese Sorgen kalt.

Ihr Lösungsvorschlag heißt:

Wir brauchen **mehr** soziale Ungleichheit! Das wird inzwischen offen formuliert.

Solche Aussagen zeigen: wir führen eine Auseinandersetzung um eine **grundlegende Richtungsentscheidung** in Deutschland.

Unsere Position als Gewerkschaften ist klar:

Wir wollen keine zweigeteilte Gesellschaft.

Wir wollen nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnet, dass Wirtschaft und Gesellschaft umgekrempelt werden.

An erster Stelle muss die Bekämpfung der **Massenarbeitslosigkeit** stehen.

Wer keine Arbeit hat, dem ist jede Chance auf ein selbstbestimmtes Leben verwehrt.

Arbeitslosigkeit ist im 21. Jahrhundert eine der schlimmsten Gefährdungen der **Würde**.

Die Menschen werden durch Arbeitslosigkeit gedemütigt.

Sie werden in ihrem Innersten verletzt.

Sie verlieren das Selbstbewusstsein.

Einige in der CDU/CSU wollen jetzt sogar das Arbeitslosengeld II absenken.

CDU Wirtschaftsexperte Michael Fuchs sagt, die Regelsätze seien zu hoch. Die Politik müsse - ich zitiere: „über die ALG II Sätze neu nachdenken“.

Er ist bei weitem nicht der Einzige.

Was diese Leute fordern, ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der Betroffenen.

Das ist in unserer Situation blanker Zynismus!

Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit gewinnen wir nicht mit einfallslosen Streichorgien, sondern mit sinnvollen Reformen.

Nicht „billiger, länger, härter“, sondern „besser, intelligenter, qualifizierter“ ist die richtige Strategie für die deutsche Wirtschaft!

Der wichtigste Rohstoff für die deutsche Wirtschaft sind qualifizierte Beschäftigte.

Und der wichtigste Motor für den Aufschwung, sind Menschen, die Arbeit haben.

Arbeit, von der sie in Würde leben können.

Deshalb müssen diejenigen Menschen, die Arbeit haben, dafür auch ein ordentliches Einkommen erhalten.

Die Realität sieht leider anders aus:

Immer mehr Menschen arbeiten für Löhne und Gehälter, die gerade das nackte Überleben sichern.

Das liegt sicherlich zum Teil daran, dass sich Menschen in einigen Bereichen noch nicht ausreichend gewerkschaftlich organisiert haben.

Das liegt aber noch viel häufiger an den Folgen der hohen Arbeitslosigkeit, die Menschen dazu bringt, sich selbst zu demütigen und ihre Arbeitskraft unter Wert anzubieten.

Deshalb brauchen wir eine vernünftige Mindestlohnregelung.

Kolleginnen und Kollegen,

Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendjemand

- die Tarifaautonomie als Grundübel diffamiert
- den Sozialstaat als zu teuer abqualifiziert
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Standortrisiko an die Wand malt
- die Löhne und Gehälter in Deutschland als zu hoch bezeichnet, von seinem eigenen Einkommen aber nicht spricht.

Tag für Tag müssen wir hart für den Erhalt unserer tarifpolitischen Erfolge kämpfen.

- Im **öffentlichen Dienst** wird seit Wochen gestreikt.
- In den Kommunen ist unter schwierigsten Bedingungen ein Abschluss gelungen!
- In den Ländern wird weiter gerungen!

- Die **Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten** hat bei Gate Gourmet gerade den längsten Streik ihrer Geschichte führen müssen.
- In der **Metall- und Elektroindustrie** sind wir nur knapp am Streik vorbei geschlittert.
- Und in der **Textil- und Bekleidungsindustrie** stehen die Warnstreiks vor der Tür.

Denn, Kolleginnen und Kollegen:

Ohne Druck kein Ruck!

Das hat die **Tarifrunde in den Metall- und Elektroindustrie** gerade gezeigt.

Die Arbeitgeber haben die Verhandlungen in der Friedenspflicht in keiner Weise genutzt, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Ihr erstes Angebot war ein schlechter Witz!

Damit haben sie Öl ins Feuer gegossen und sich dabei ordentlich die Finger verbrannt!

Das ist gut so!

Dafür haben die Metallerinnen und Metaller gesorgt!

Ich bin stolz auf die knapp 1 Million Beschäftigten, die in eindrucksvollen Warnstreiks und Aktionen – hier in Kiel und überall im Land – gezeigt haben:

So lassen wir nicht mit uns umspringen!

Ich bin stolz auf die Metallerinnen und Metaller wie hier in Kiel, die bereit waren, für unsere Forderungen Flagge zu zeigen.

Letztlich hat das die Arbeitgeber zur Vernunft gebracht.

Letztlich hat das dazu geführt, dass wir einen vernünftigen Kompromiss erreicht haben.

Gutes Geld für gute Arbeit! Darum geht es.

Drei Prozent können sich sehen lassen.

Und die **Einmalzahlung**.

Durchgesetzt haben wir uns auch beim **Tarifvertrag zur Qualifizierung**.

Alle wissen:

Aus- und Weiterbildung ist heutzutage die Voraussetzung für die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Durchgesetzt haben wir uns ebenso bei unserer Forderung nach einer zeitgemäßen Neuauflage des **Tarifvertrags über vermögenswirksame Leistungen**.

Dieser wird künftig für die betriebliche Altersversorgung genutzt werden.

Wir haben auch das Ansinnen der Metall-Arbeitgeber verhindert, die Arbeitszeit zu verlängern.

Denn:

Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze!

Darum akzeptieren wir auch nicht, was die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst bei den Bundesländern durchsetzen wollen.

Sie verweigern sich jeder Verhandlungslösung.

Ich appelliere darum auch an die schleswig-holsteinische Landesregierung:

Kehren Sie zurück an den Verhandlungstisch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese bornierte Haltung entspringt einem Irrglauben bei vielen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft.

Sie meinen, wir bekommen die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland nur dann in den Griff, wenn die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen immer weiter verschlechtert werden.

Ich sage hier ganz deutlich: Wer das tatsächlich meint, ist ein Trottel.

Und ich füge hinzu: Und wer weiß, was er da sagt, der lügt ganz bewusst:

Lohndrückerei, Arbeitszeitverlängerung und der Abbau von Arbeitnehmerrechten schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz.

Im Gegenteil:

Damit werden die Beschäftigungsprobleme noch verschärft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auch ich bin überzeugt: wir müssen in unserer Republik in **einigen** Bereichen umsteuern. Nur so können wir die vor uns liegenden Probleme bewältigen.

Wir Gewerkschaften beschränken uns keinesfalls auf die bloße Verteidigung alter Standards.

Ich begrüße es, dass die Große Koalition die Familienpolitik zu einem Schwerpunkt macht.

Dabei darf es nicht nur darum gehen, dass mehr Kinder in die Welt gesetzt werden.

Das veraltete Frauen- und Familienbild gehört endlich in die Mottenkiste!

Im Kopf vieler Politiker hält sich hartnäckig das Lebensmodell des „Heimchens am Herd“.

Das hat aber ausgedient! Gott sei Dank!

Leider haben das manche immer noch nicht verstanden:

Das zeigt gerade der Aufschrei um Pläne der Bundesregierung, zwei Monate Elternzeit vom Vater nehmen zu lassen.

- Mütter und Väter brauchen finanzielle Sicherheit,
- sie brauchen einen sicheren Arbeitsplatz und
- sie brauchen ausreichende und flexible Betreuungsmöglichkeiten.

Das Elterngeld ist da ein richtiger Ansatz. Denn: **Elterngeld gibt Sicherheit!**

Die Vatermonate werden ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer veränderten Arbeitskultur sein.

Sie sollen mehr Geschlechtergerechtigkeit bringen, weil sich Väter stärker als bisher an der Familienarbeit beteiligen (können).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Land und die Betriebe sind auf die Kompetenzen gut ausgebildeter Frauen angewiesen

und auf Männer, die aktive Väter sein wollen.

Notwendig ist ein Konzept von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das die Interessen **aller** Familienmitglieder berücksichtigt.

Familien- und Gleichstellungspolitik muss daher künftig Hand in Hand gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit schaffen wir auch mit gerechten Sozialsystemen.

Darum ist entscheidend, wie die große Strukturreform im **Gesundheitswesen** noch in diesem Jahr ausfällt.

Für uns ist klar:

Wir brauchen ein System, mit

- solidarischer Finanzierung nach Leistungsfähigkeit,
- mit einem Versicherungsschutz für alle und der
- Teilhabe **aller** am medizinisch-technischen Fortschritt!

Volker Kauder von der CDU hat Vorschläge öffentlich gemacht, die in die falsche Richtung gehen:

- einkommensunabhängige Kopfpauschalen,
- Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages,
- weitere Leistungsausgrenzungen und
- einseitige Kostenverlagerung auf Versicherte und Kranke.

Wenn das das Kompromiss-Reformmodell der Großen Koalition sein soll, lautet unsere Antwort:

Nicht mit uns!

Diese Vorstellungen sind unannehmbar!

Das ist kein Kompromiss, sondern eine Kampfansage!

Die **Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** werden in 2006 wie in den Vorjahren wieder deutlich steigen. Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrsgutachten mit einer Steigerung von 7,2 Prozent.

Auch der **Anteil** dieser Einkommensarten am Gesamteinkommen steigt weiter.

Darum müssen endlich auch Zins- und Kapitaleinkünfte, Mieterträge und Einkommen aus selbstständiger Arbeit in die soziale Sicherung einfließen.

Und wir brauchen ein System, in dem nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alles schultern.

Darum müssen **alle** Beschäftigten ihren Teil beitragen:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch Freiberufler, Selbständige und Beamte.

Selbstverständlich nach der jeweiligen Leistungskraft:

Wer viel verdient, kann auch mehr bezahlen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen auch mehr **Arbeitsplätze für ältere Beschäftigte**.

Momentan beschäftigen mehr als die Hälfte der Betriebe keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 50 Jahren.

Die Langzeitarbeitslosigkeit der Älteren steigt und steigt!

Nur knapp 40 Prozent der über 55-Jährigen haben überhaupt noch einen Arbeitsplatz.

Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt nur bei knapp über 60 Jahren.

Die beschlossene Erhöhung des gesetzlichen **Renteneintrittsalters auf 67 Jahre** ändert daran gar nichts.

Es ist genau der falsche Weg und in Wahrheit eine verkappte Rentenkürzung.

Wir brauchen 800.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Ältere, wenn wir bis zum Jahr 2010 die in der Europäischen Union verabredete Zielgröße von 50 Prozent Erwerbsquote bei den 55-65-jährigen erreichen wollen.

Darum sage ich:

Es muss bei dieser Altersgruppe auch über **öffentlich geförderte Beschäftigung** nachgedacht werden.

Unsere älteren Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf diese Unterstützung der gesamten Gesellschaft.

Das ist ein Gebot der Ehrlichkeit und der Solidarität!

Ehrlichkeit und Solidarität benötigen auch - ich meine sogar ganz besonders - unsere **jungen Kolleginnen und Kollegen**.

Ganze Generationen werden um ihre Zukunftschancen betrogen.

Das ist eines der größten Armutszeugnisse dieser Republik.

Wir müssen hier gegensteuern!

Viele Arbeitgeber schaufeln sich mit ihrer Ausbildungsverweigerung ihr eigenes Grab. Schon jetzt haben wir einen **Fachkräftemangel**.

Ich höre das aktuell aus vielen Unternehmen: die Wirtschaft zieht wieder an.
Aber die jungen Leute, die die neuen Aufträge bearbeiten können, fehlen.

Das ist doch absurd!

Wir brauchen deshalb dringend eine große **Bildungs-Offensive** in Deutschland.

Das fängt in den Kindergärten an.

Und wir müssen in die Schulen und Hochschulen investieren. Häufig wird dort mit der Technik und der Einrichtung von vor zwanzig, dreißig Jahren gelehrt.

Das ist ein Unding!

Auch die **Zahl der Ausbildungsplätze** befindet sich weiter im freien Fall.

Sie ist im fünften Jahr hintereinander gesunken.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die im April 2006 noch keinen Ausbildungsplatz hatten, liegt bei genau 370.900.

Das sind 15 Prozent mehr Jugendliche ohne Ausbildung als noch 2005 zu diesem Zeitpunkt.

Über 550.000 Jugendliche unter 25 Jahren sind in Deutschland arbeitslos.

Und mehr als die Hälfte von ihnen hat keinen Berufsabschluss.

Der „Ausbildungspakt“ zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft reicht nicht, um das Problem zu lösen.

Er ist längst gescheitert.

Wir brauchen die **Garantie** - und wenn es nicht anders geht, **per Gesetz**:

Jede und jeder Jugendliche, der will, muss einen Ausbildungsplatz erhalten!

Ohne Ausnahme!

Darum appelliere ich an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft:

- **Hört endlich auf zu jammern!**
- **Wer jammert, will nicht handeln.**
- **Packt an und unternimmt alles, was möglich ist, für unsere jungen Leute!**
Sie benötigen uns, so wie wir sie schon jetzt dringend brauchen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle Beispiele, die ich genannt habe, zeigen:

Es geht nicht um das eine oder andere Detail der so genannten „Tagespolitik“.

Es geht um eine sehr grundsätzliche Frage: um die Frage:

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

In einer **Gesellschaft der maßlosen Gier**?

- Also in einem Land, in dem nur noch Aktienbesitzer und Unternehmensvorstände profitieren?
- In einem Land, in dem gleichzeitig die Mehrzahl der Menschen vollständig vom wirtschaftlichen Wohlstand abgekoppelt ist?
- Wo die Menschen auch noch bestraft werden, wenn sie nicht zu den Gewinnern zählen?
Anstatt ihnen zu helfen?
- Wo die Gewinner zynisch behaupten, für die Verlierer sei Strafe die einzig sinnvolle Hilfe?

Oder wollen wir in einer **Gesellschaft der Würde** leben?

- In einem Land, in dem alle angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden?
- In einem Land, in dem auch diejenigen Hilfe erhalten, die momentan keine Arbeit finden?
- Und in einem Land, wo weder Jugend noch Alter ein persönliches Lebensrisiko darstellen?

Unsere Antwort ist klar, Kolleginnen und Kollegen:

- **Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden!**
Wer verzweifelt nach Arbeit sucht und keine findet, hat Anspruch auf die solidarische Unterstützung der gesamten Gesellschaft!
- **Wir wollen, dass die Menschen auch im Alter Anspruch auf ein Leben in Würde haben!**
- **Und wir brauchen Perspektiven für jungen Menschen, vor allem, wenn sie einen Ausbildungsplatz oder den Berufseinstieg suchen!**

Wie diese Fragen beantwortet werden, Kolleginnen und Kollegen, hängt zu einem guten Teil von uns selbst ab.

Von unserer Kraft und unserem Engagement.

Die Gewerkschaften haben zukunftsfähige Antworten, die wir mit guten Argumenten begründen können.

Und wir haben - zuletzt in der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie - bewiesen, dass unser Engagement auch etwas bewirkt.

Geschichte wird von den Menschen gemacht, daran hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert!

Die Menschen in Kiel sind beim Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit seit langem immer vorne dabei. Auch der heutige 1. Mai steht in dieser Tradition.

- Wir zeigen Gesicht.
- Wir beweisen Courage.

- Und wir fordern Zukunft.

Unser höchstes Maß dabei ist die Menschenwürde.

Würdige Arbeits- und Lebensbedingungen waren und sind das Ziel aller gewerkschaftlichen Arbeit.

Sie auch in der heutigen Zeit zu garantieren, ist eine große Herausforderung.

Aber ich bin überzeugt:

Wir werden sie meistern,

wenn wir

nicht resignieren,

weiter streiten und zusammenhalten.

In diesem Sinn wünsche ich Euch und Euren Familien einen guten 1. Mai.